

Aufeinanderprallende Diskurse: Der türkische EU-Beitritt und die besondere europäische Frage

Die Debatten über den EU-Beitritt der Türkei sind paradox, darüber hinaus sind sie symptomatisch für die verstreute politische Konstellation in Europa. Die beiden Positionen, Befürworter und Gegner des Türkei-Beitritts, tragen zur politischen Meinungsbildung jenseits der eigenen politischen Strömung im gesamten europäischen Raum bei. Während die sozialdemokratischen Kräfte in Deutschland für den EU-Beitritt der Türkei plädieren, haben diese in Österreich eine ablehnende Haltung; in dem Maße, wie die Christdemokraten in Italien vehement den türkischen Beitritt unterstützen, sind deren deutsche Parteifreunde strikt dagegen. Die nicht einheitliche Position der europäischen konservativen Parteien zeigt sich deutlich im europäischen Parlament. Trotz dieser politisch nicht einheitlichen Position im europäischen Raum wird die Türkei-Frage im nationalstaatlichen Rahmen zu einem wesentlichen Pfeiler des Unterschieds zwischen links und rechts, in einem Zeitalter, in dem die Unterschiede zwischen den beiden Positionen immer weniger ersichtlich werden.

Die Art und Weise, wie in Europa über den EU-Beitritt der Türkei diskutiert wird, zeigt, dass die Diskurse weniger die Türkei betreffen, sondern darin vielmehr »Europa« selbst verhandelt wird. Die umstrittenen Punkte betreffen einerseits die europäische Identität und andererseits die Zukunft des europäischen Projektes. Wie Bülent Küçük in seinem Beitrag hinweist, wird die Türkei in der europäischen Öffentlichkeit in einem paradoxen und ambivalenten Verhältnis zwischen Attraktion und Bedrohung wahrgenommen – für die europäische Identität und für das europäische Projekt.

Die EU entwickelt sich wie aus den Diskussionen um die Europäischen Verfassung erkennbar wird, im Kern zu einem neoliberalen Projekt. Durch die Verfassung soll nicht nur die Handlungsfähigkeit der EU gestärkt, sondern liberale Prinzipien auf Verfassungsrang gehoben werden. Hierbei formieren sich zwei Projekte über die Ausrichtung des supranationalen Charakters der EU. Die von den Kernländern Deutschland und Frankreich geführte Gruppe will die EU als eine autonome Kraft konsolidieren. Um eine Grundlage für eine alternative Hegemonie zu den USA zu schaffen, versucht dieses Projekt entscheidungsfähige Mechanismen zu etablieren, was eine vertiefte Integration und Normbildung voraussetzt. Die zweite Gruppe um die Peripherie-Staaten, die von Polen und, bis zu den letzten dortigen Parlamentswahlen, Spanien angeführt wird und auch von Großbritannien unterstützt wird, setzt sich hingegen für eine Absenkung europäischer, insbesondere sozialer Normen ein (Becker 2004). Die Konkurrenz dieser beiden Projekte bestimmt die Art und Weise, wie und mit welchem Ergebnis mit der Türkei verhandelt werden soll.

Bülent Küçük betont, dass das europäische Identitätskonzept sich seit den 1990er Jahren zwischen einer prinzipiell offenen inklusiven und einer neorientalistisch bestimmten exklusiven Identität und somit zwischen politischer Offenheit und kul-

tureller Schließung bewegt. Es sind diese ambivalenten Identitätsdebatten, die früher im nationalstaatlichen Rahmen, heute aber auf der europäischen Ebene stattfinden. Idealtypisch lassen sich hier zwei Positionen herauskristallisieren, die beide um die Deutungshoheit bei der Formierung einer europäischen Identität kämpfen. Diese Gegensätzlichkeit bestimmt die Diskussionen zwischen den Befürwortern und Gegnern, deren Aufeinanderprallen die Diskurse über die europäische Identität und das europäische Projekt prägen.

Eine besondere Debatte, welche die Fragen der europäischen Identität und des Projektes gemeinsam aufnimmt, beschäftigt sich mit dem Charakter der EU-Expansion unter einer Empire-Perspektive. Dieser Ansatz sieht zwei Optionen für die Formierung der politischen Einheit: einerseits die EU als Föderation nach dem Vorbild eines Nationalstaates und andererseits die EU mit einem offenen imperialen Charakter. Die zweite Alternative setze voraus, dass die EU ihren »historischen Anderen« einbeziehen sollte, um sich eine neue Form von Empire zu geben, die auf einer gemeinsamen Verfassung beruht (Keyder 2004). Dieser Ansatz, der die Öffnung der Identität zur Voraussetzung einer erfolgreichen Expansionsdynamik der EU macht, geht stark auf die Konkurrenz zu den USA zurück und sieht die Stärkung der EU als ein neues Zivilisationsprojekt vor, in dem auch die Türkei ihren Platz einnehmen sollte. Die Überbetonung der identitären Aspekte über die Zukunft des europäischen Projektes charakterisiert diese Sichtweise, blendet gleichzeitig die polit-ökonomischen Dimensionen der Expansion aus.

Trotz der konzeptionellen Unterschiede über den türkischen EU-Beitritt und unterschiedlicher Visionen des europäischen Projektes lassen sich in den Diskursen von Befürwortern sowie Gegnern gemeinsame Charakteristika nachweisen, auf die wir im Folgenden eingehen wollen.

Auf beiden Seiten herrscht eine neo-orientalistische Sichtweise, welche die Dynamik der Gesellschaftsformation in der Türkei gerne über imaginierte Islambilder wahrnimmt. Während die anti-islamischen Intellektuellen den Islam zum Zivilisationsfeind des Westens machen, betonen liberale Intellektuelle, wie tief die Türkei und der Islam in die europäische Geschichte hineinragen. Die kulturalistische Argumentation beruht aber nicht nur auf der Religion, ebenso werden weitere kulturelle sowie gesellschaftliche Besonderheiten zur Differenzmarkierung benutzt. Sowohl die konservativen als auch die liberalen Positionen projizieren ihr Orientbild auf die Türkei und argumentieren kulturalistisch und essentialistisch.

Die sich aktuell formierende und ausgrenzende Rhetorik, stützt sich auf einen homogenen, statisch kohärenten Kultur- und Gesellschaftsbegriff, der auch aktuell in Debatten um Integration kursiert. Es wird ein Selbstbild von Europa unkritisch reproduziert, das die eigenen Werte über die negativen Eigenschaften des anderen wahrnimmt. Die dichotomische Betrachtungsweise schlägt sich in einer starren Identitätskonstruktion nieder, die das eigene und das andere ahistorisch wahrnimmt und die Geschichte auf ein »vor dem« und »nach dem« EU-Beitritt reduziert.

Ein weiteres Charakteristikum der in der Öffentlichkeit geführten Diskussionen ist deren Emotionalität. In den politischen und geostrategischen Dimensionen der Debatte hingegen treten rational erscheinende Kosten-Nutzen Analysen hervor, die für beliebige Diskussionen instrumentalisiert werden.

Im Folgenden wollen wir uns einerseits mit der Frage der europäischen Identität und andererseits des europäischen Projektes auseinandersetzen, wie diese im Kontext

über den türkischen EU-Beitritt auftauchen. Die Argumente der Befürworter und Gegner werden hier kritisch aufgearbeitet, um aufzuzeigen, erstens dass diese Diskurse Europa selbst fokussieren und zweitens dass die beiden Positionen stark der kulturalistischen sowie instrumentalistischen Logik verhaftet sind.

Debatten über Identität und Kultur

Das Terrain der identitären Logik wird hauptsächlich von Konservativen beansprucht. Auf dem ersten Blick scheinen sich hier die Fragen um die türkische Kultur und Identität zu drehen. Die Konservativen unterstellen die Unvereinbarkeit der türkischen Kultur mit der durch gemeinsame Kultur und Geschichte in Jahrhunderten gewachsenen europäischen Identität, die auf dem Erbe des Christentums und der Aufklärung beruhe. Dieser Sichtweise nach fehlen der Türkei die Traditionen, die in der Antike, der Renaissance, dem Humanismus und der Aufklärung wurzeln. Um die Differenz zwischen der türkischen und europäischen Identität hervorzuheben, werden hier beliebige historische Ereignisse aufsummiert, die Widersprüche und Antagonismen zwischen den beiden Kulturwelten aufzeigen sollen.

Der Islam wird so zu einer Projektionsfläche; ein idealisiertes Europa konstruiert sich seine Gegenwelt, in der sich negatives bündelt: nicht-christlich, nicht aufgeklärt, nicht gleichberechtigt (im Hinblick auf die Geschlechter) und nicht fortschrittlich (Seufert 2002). Bieling betont, dass in der Öffentlichkeit die bestehenden Ängste und Vorurteile verstärkt werden, indem eine wesenhafte islamisch-autoritäre Kontinuitätslinie vom osmanischen Reich bis zur türkischen Republik konstruiert wird. Damit werden die Probleme der türkischen Ökonomie und die Demokratieprobleme aus der religiösen Kultur des Landes abgeleitet (Seufert 2002). In den Diskussionen werden kulturelle und religiöse Differenzen des »Türkischen« als unveränderbare islamische Besonderheiten hervorgehoben, die das andere konstituieren.

In der Folge wird der türkische EU-Beitritt als ein verblendetes Harakiri für die EU betrachtet, denn kommt es zur Aufnahme der Türkei, würden damit vitale europäische Interessen verraten, das große Projekt der politischen Einigung würde zerstört (Wehler 2004).

Dagegen argumentieren die Befürworter einer Mitgliedschaft der Türkei, dass die Europäische Union eine Wertegemeinschaft darstelle. Es wird angenommen, dass die Werte von Europa nicht an eine bestimmte Kultur oder Religion gebunden sind. In Gegensatz zur traditionellen Sichtweise geht die liberale Weltanschauung von einer offenen Identität aus. Diese Sichtweise geht auch mit einem neuen Verständnis der Türkei einher. Hier wird die Türkei als das Land zwischen den Kulturen gesehen. Historisch werden vielmehr die Gemeinsamkeiten zwischen der Türkei und Europa betont, wie die Türken die europäische Geschichte mitgeprägt haben.

Für die liberale Sichtweise gilt als Mitgliedschaftskriterium die Anerkennung der universellen Werte der Freiheit, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und Achtung von Menschenrechten seitens der Bewerberstaaten. Damit bildet nicht die Frage nach einer bestimmten Religionszugehörigkeit, sondern die Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen die wichtigste Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

Europa wird dabei als ein Zukunftsprojekt der »Vielfalt« und der »Toleranz« gesehen. Die Europäische Union wird als der ideale Rahmen zum Erhalt und In-

tegration der kulturellen Vielfalt konstatiert, was nicht als Bedrohung sondern als Bereicherung der europäischen Identität gesehen wird. Die Liberalen zielen auf die Beseitigung der kulturellen Trennlinie zwischen Islam und Christentum ab, um die populäre These Huntingtons vom bevorstehenden »Kampf der Kulturen« zu widerlegen (Interkultureller Rat in Deutschland und Förderverein Pro Asyl 2004). Bei der Kontroverse um den türkischen Beitritt zwischen den Befürwortern und Gegnern geht es damit um das Selbstverständnis der Europäischen Union als Kultur- oder als Wertegemeinschaft. Die Diskurse und entworfenen Typologien reflektieren die zwei idealtypisch dargestellten Visionen von der europäischen Identität.

Auch wenn die liberale Sichtweise die EU als eine Wertegemeinschaft betrachtet, argumentieren die Befürworter eines türkischen EU-Beitritts trotz einer positiven Einstellung gegenüber der Türkei in Ansätzen kulturalistisch. Auch die Argumentationsstruktur der Befürworter rekurriert sich auf die muslimische Identität der Türkei. Dies wurde insbesondere von der Post-11. September Diskurs geprägt. In diesem Kontext wird die Demokratisierung in der Türkei sowohl als noch offenes Experiment der Demokratiegründung als auch als Vorbild für die islamischen Länder diskutiert.

Die Befürworter argumentieren dualistisch, wenn sie der Türkei lediglich zwei Entwicklungswege prophezeien, den westeuropäischen oder den islamistischen (Prantl 2002). Der deutsche Kanzler Gerhard Schröder argumentiert ebenfalls kulturalistisch, wenn er sagt, dass Europa einen »ungeheuren Zuwachs an Sicherheit« erleben werde, wenn es gelänge, am Beispiel der Türkei zu beweisen, dass »islamischer Glaube und die Werte der europäischen Aufklärung« vereinbar sind. Denn durch den Beitritt eines islamischen Landes in die EU würde sich zeigen, dass ein solches Land sehr wohl zum Aufbau einer tragfähigen Demokratie mit den entsprechenden gesellschaftlichen Werten fähig sei.

Dabei ist die Brückenmetapher eine sehr beliebte Figur, um die geographische Bedeutung der Türkei für die EU zu erklären. Die Türkei wird als ein Brückenland gesehen, ein Land zwischen Ost und West, als eine Synthese aus europäisch-christlicher und nahöstlich islamischer Kultur (Prantl 2002). Wie im nächsten Teil in der Diskussion der türkischen Öffentlichkeit dargestellt wird, ist die Brückenmetapher jedoch eine rein statische.

Interessant ist die Gemeinsamkeit der Gegner dieses Prozesses in der Türkei als auch in Europa hinsichtlich ihrer Argumentationsstruktur. Die Beitrittsgegner in der Türkei rechtfertigen ihre Position mit dem Argument, dass der EU-Beitritt die territoriale Integrität der türkischen Republik gefährden würde. Mehmet Türkay macht für die türkische EU-Diskussion darauf aufmerksam, dass dieses Thema in der Türkei hauptsächlich über das Konzept der Nation diskutiert wird. Weniger auf der nationalen, aber doch auf der europäischen Ebene argumentieren vor allem in Frankreich, Österreich und Deutschland die Konservativen, dass eine Mitgliedschaft der Türkei die Strukturen der EU bedrohen und sogar zu einer Spaltung führen könnte. Tonguç Çoban lässt erkennen, dass die nationalistischen Kräfte auf beiden Seiten mit Auflösungs- und Zersplitterungsszenarien ihre Ablehnung begründen.

Zudem ist die Angst vor der Religion des anderen ein beliebtes Argument beider Seiten. In der Türkei beschwören die rechtsradikalen Kräfte die Gefahr einer Missionierung der Türkei, wie in Österreich der türkische EU-Beitritt mit einer dritten Wien-Belagerung verglichen wird.

Ein weiteres Charakteristikum der türkischen Diskussion ist der Verweis auf die Einheitlichkeit von Europa. Gegner sowie Befürworter gehen von einer europäischen Gesamtstrategie aus. Dabei wird jedoch außer Acht gelassen, dass die EU ein dynamisches Kräftefeld ist, wie Alex Demirović hervorhebt. Sowie in den europäischen Ländern wird auch in der Türkei der Gehalt der europäischen Identität ontologisch mit einem starren Inhalt je nach der politischen Orientierung positiv oder negativ gefüllt.

Die berüchtigte Brückenmetapher stellt eine gute Möglichkeit dar, um die Selbstdarstellung der türkischen Identität im Lichte der europäischen zu betrachten. Die Befürworter des türkischen EU-Beitritts sehen die Türkei sehr wohl als eine Brücke zwischen Ost und West. Diese räumliche Komponente beansprucht indessen eine zeitliche Dimension, zwischen Rückständigkeit und Fortschritt (Ahıska 2003). Die Türkei sollte demnach nicht nur die Brücke zwischen Ost und West bzw. zwischen Vergangenheit und Zukunft sein, sondern diese zugleich überqueren. Dies ist ein in der Gegenwart verhafteter Widerspruch einer Utopie des Westens. Nun scheint endlich durch den EU-Beitritt der Traum der türkischen Liberalen in Erfüllung zu gehen – dafür müssen sich aber die politischen Eliten nüchtern mit den Problemen der Gegenwart auseinandersetzen. Aber was passiert, wenn tatsächlich die europäischen Befürworter die Türkei lediglich als eine Brücke betrachten und auch nur als eine Brücke in die EU integrieren wollen?

Die geostrategischen und polit-ökonomischen Argumente

Die Debatte um eine EU Mitgliedschaft der Türkei setzt sich aus unterschiedlichen Facetten zusammen. Wie in den Identitätsdebatten dreht sich die Kontroverse sehr stark um die Zukunft des europäischen Projektes. Die Konkurrenz der beiden europäischen Projekte prägt die unterschiedlichen Auffassungen zur Erweiterung der EU. Wie Tonguç Çoban deutlich macht, ist für einige südeuropäische Länder und vor allem Großbritannien eine EU, die aus liberalisierten Freihandelszonen besteht von größerer Bedeutung, als ein in sich vereintes und vertieftes Europa. In diesem Kontext unterstützen sie, wie Joachim Becker hervorhebt, eine EU Mitgliedschaft der Türkei, weil sie sich hiervon Normensenkungen auf europäischer Ebene erhoffen. In den Kernländern herrscht vor allem nach der Osterweiterung ein anderes politisches Klima. Hier wird einer inneren Konsolidierung Priorität eingeräumt. Deshalb herrscht hier mehr Skepsis und Vorbehalt gegenüber einem türkischen Beitritt.

Festzuhalten ist, dass die widersprüchlichen Positionen der beiden europäischen Projekte die Diskussionen um die EU-Mitgliedschaft der Türkei bestimmen. Die Fragen werden größtenteils instrumentell auf ein europäisches Interesse hin gestellt: Dehnt sich die EU zu sehr aus? Was gewinnt Europa politisch von einer türkischen Mitgliedschaft und was sind die Kosten-Nutzen einer zusätzlichen Erweiterung?

Die mit momentan 25 Mitgliedern erreichte Größe der EU wird in der Debatte von den Konservativen oft als Gegenargument hervorgehoben. Demnach wäre, so die Behauptung, eine europäische Integrationspolitik und ihre Institutionen überfordert, weil mit den wirtschaftlichen Problemen und der heiklen geopolitischen Lage der Türkei, die zu einem überdimensionierten Dauerversorgungsfall degradiert wird, nur zusätzliche lästige Probleme importieren würden.

Die Türkei würde im Falle einer vollständigen Mitgliedschaft aufgrund ihrer Bevölkerungsgröße einen wichtigen Stimmenanteil im Ministerrat erhalten. Dies ist

einer der wichtigsten politischen Streitpunkte der konservativen Beitrittsgegner. Mit einer solchen Mandatsausdehnung, so argumentieren sie, würde die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union beeinträchtigt und die Struktur des institutionellen Rahmens der EU gesprengt. Dieser Punkt verdeutlicht, dass der Erhalt von bisherigen Macht- und Entscheidungspositionen unter den EU Ländern ein hart umkämpfter Aspekt ist, der bereits im Zuge der Osterweiterung stattgefundenen Reformstreits um die Vergabe der Stimmrechte bereits offen zu Tage trat.

Über die geostrategische Rolle der Türkei herrscht in Europa ein parteiübergreifender Dissens. Mit der geostrategischen Lage der Türkei versuchen sowohl Beitrittsgegner als auch Befürworter ihre Argumente zu schärfen. Dabei fällt auf, dass die wichtige geostrategische Bedeutung der Türkei von den Beitrittsgegnern zwar nicht verneint, aber mit einem alternativen Integrationsprojekt beantwortet wird. Das Konzept einer privilegierten Partnerschaft, welches von deutschen, französischen und auch österreichischen Konservativen favorisiert wird, setzt genau hier an. Dieser Vorstoß möchte sich die geostrategische Lage der Türkei mit minimalstem Aufwand, zum Teil ohne Verpflichtungen und Konzessionen an politischen Mitentscheidungsrechten, zu Nutzen machen. Eine Integrationspolitik, die darauf abzielt, einerseits auf Übernahme des EU Besitzstandes zu drängen und gleichzeitig eine strukturelle Diskriminierung von den Entscheidungsstrukturen dieser Politik zu verlangen, reflektiert die asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen der EU und der Türkei.

Die Befürworter einer Mitgliedschaft erhoffen sich eine Vergrößerung der europäischen Verhandlungs- und Einflussphäre sowohl im Mittleren und Nahen Osten als auch in Mittelasien. Dies würde, so die Erwartungen, die EU zu einem stärkeren Konkurrenten der USA machen. Dabei soll das diplomatische Einflusspotential der EU durch eine Sicherheitspolitik flankiert werden, deren militärisches Interventionspotential durch die Türkei aufgestockt wird. Die Sorge der Beitrittsgegner in der EU, dass mit einer Mitgliedschaft der Türkei die geographischen Grenzen der EU an die Instabilitäten im Mittleren und Nahen Osten heranrücken würden, übersieht gerade, dass dies genau das Interesse des strategischen Kalküls der EU zu sein scheint. Die Bedeutung der Türkei liegt gerade in der Nähe zu den globalen Energievorkommen und des Verteilungsnetzes der Öl- und Gasvorräte der Region. Hieraus leitet die europäische Bourgeoisie, die einen Beitritt unterstützt, ein vitales Interesse ab. Der Aufstieg der Türkei zum wichtigen strategischen Kooperationspartner für die EU-Außenpolitik, betont Jürgen Bieling, ist aus einem neu entdeckten geopolitischen Moment in der europäischen Sicherheitsstrategie und der Konzeption des »wider Europe« zu sehen.

In dem Streit um die Mitgliedschaft der Türkei wird oft übersehen, dass dabei vorrangig um die Perspektiven und Strategien der europäischen Projekte gekämpft wird, und darum wie und in welcher Form sich die europäische Einflussphäre ausdehnen soll. Entlang der Debatten um ein erweitertes Europa organisiert sich dann auch der Streit um angebliche unterschiedliche kulturelle und historische Werte und gesellschaftliche Entwicklungspfade. Dies ist eine Politik, die schleifenartig auf herausgefischte historische Ereignisse referiert und Feindschaften oder auch Freundschaften ontologisch zu essentialisieren versucht. Dabei fällt auf, dass beide Seiten kulturalistisch argumentieren. Während die Beitrittsgegner die Mehrheit der Muslime in der Türkei zu inkompatiblen Elementen zur europäisch christlichen Tradition stilisieren, eignen sich die Befürworter genau diesen Aspekt an und sehen dies als

eine Stärkung und Universalisierung der europäischen Integrationspolitik, die ein interkulturelles und -zivilisatorisches Projekt sein soll. Tonguç Çoban weist darauf hin, dass die ablehnende Diskussion über unterschiedliche kulturelle Identitäten, die in Frankreich, Deutschland und Österreich dominieren, von Großbritannien nicht als Unsicherheitsfaktor, sondern gerade als Eckstein eines neuen Sicherheitskonzepts gesehen wird.

Die wirtschaftlichen Aspekte einer Mitgliedschaft konzentrieren sich in der Debatte hauptsächlich um eine Kosten-Nutzen Analyse. Eines der wichtigsten Gegenargumente lautet, dass die im Vergleich zu Europa relativ geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Türkei der EU im Falle eines Beitritts lediglich hohe Integrationskosten aufbürden würde. Wie sich aber bereits bei den Verhandlungen um die Osterweiterung herausgestellt hat, können die neuen Mitglieder nicht mit einem gleichen Umfang an finanzieller Hilfe aus EU Strukturfonds rechnen, wie die alten Mitglieder. Im Falle der Türkei zeichnet sich darüber hinaus eine weitere Unterstützungsenkung seitens der EU ab. Die Türkei wird von der Reform der EU-Subventionspolitik in der Landwirtschaft negativ betroffen sein, weil sie, wie Aslı Odman herausstreicht, eine im EU Vergleich deutlich überdurchschnittliche Beschäftigung in der Landwirtschaft vorweist. Bisher war die Landwirtschaft von der Zollunion ausgenommen.

Im Diskurs über die ökonomischen Vorteile einer türkischen Mitgliedschaft für die EU kursiert bei den Beitrittsgegnern zudem das Argument, dass durch die seit 1996 eingeführte Zollunion die wirtschaftliche Verflechtung und Integration der Türkei in die EU bereits vollzogen sei, und dass deshalb von einer Vollmitgliedschaft kein zusätzlich substantieller ökonomischer Nutzen zu erwarten wäre. Die Beitrittsbefürworter machen darauf aufmerksam, dass die Zollunion von der Türkei mit der Perspektive einer Vollmitgliedschaft implementiert wurde.

Die großen europäischen Industrie- und Handelskammern scheinen sich dieser Tatsache bewusst zu sein und unterstützen bis dato den türkischen EU-Beitritt. Sie versprechen sich von der Mitgliedschaft und vollständigen Eingliederung in den Binnenmarkt eine generelle Stärkung des Wirtschaftspotentials und der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Nach Dorothee Bohle sprechen sich vor allem die Kräfte des exportorientierten und transnationalen Kapitals, die auch die Osterweiterung unterstützt haben, für eine EU Mitgliedschaft der Türkei aus. Mehmet Türkay betont, dass auch die türkischen Großindustriellen sich von einer EU-Mitgliedschaft eine Erhöhung ihrer globalen Konkurrenzfähigkeit erwarten und deshalb einen Beitritt konsequent unterstützen.

Die geostrategische Bedeutung der Türkei leitet sich für die EU demnach nicht ausschließlich von sicherheitspolitischen Kalkülen ab. Wie Alex Demirović und Kurtar Tanyılmaz zeigen, sehen die Befürworter die geostrategische Bedeutung der Türkei auch in ihren Reserven an billigen und jungen Arbeitskräften und ihrer Sprungbrettfunktion für die Absatzmärkte der Wirtschaftsregionen im Nahen Osten und Mittelasien. Dabei weisen Befürworter auf beiden Seiten auf die rückgängige demographische Entwicklung in Kerneuropa hin, die dazu führen könnte, dass der Türkei erneut eine historische Rolle als Arbeitskräftelieferant zukommt. Darüber hinaus wird vor allem aus liberalen Befürworterkreisen auf die Größe des türkischen Absatzmarktes und die relativ geringe Kapitalausstattung der Türkei als Möglichkeit für europäischen Konzernen aufmerksam gemacht, die relativ geringen Wachstums-

zahlen in Kerneuropa mit Waren- und Kapitalexporten bis zu einem gewissen Grad zu kompensieren.

Alex Demirović hebt insbesondere die relativ geringen Produktionskosten in der Türkei hervor, die aus den niedrigen Sozialstandards und den bisher hohen Hindernisse bei der Organisation der Arbeiterschaft resultieren. Europäische Konzerne erhielten durch eine EU Mitgliedschaft einen privilegierten Zugang zum türkischen Markt, und es gäbe eine weitere Option zur Verlagerung von Betrieben. Die quantitative Erhöhung des europäischen Absatzmarktes und ein erleichterter Zugang zu einem billigeren Arbeiterpotential würde die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Konzerne auf den Weltmärkten stärken. Joachim Becker sieht hierin eine Stärkung des liberalen Charakters der EU als Binnenmarktunion. Dies ist auch einer der Argumente, warum viele europäische Gewerkschaften einem Beitritt der Türkei bisher skeptisch, ja sogar offen ablehnend gegenüberstehen. Kritiker dieser Auffassung behaupten, dass auf nationalstaatlicher Ebene errungene soziale Rechte nunmehr sehr schwer in diesem Rahmen verteidigt werden können, weil es diese abgeschoteteten Räum in einem europäischen Binnenmarkt nicht mehr gibt. Auch wenn die Wirtschaftspolitik der EU momentan von neoliberalen Interessen geprägt ist, bleibt sie jedoch, wie Tonguç Çoban hervorhebt, auch immer ein Terrain für politische Kämpfe, in der sich nicht nur Kapitalinteressen, sondern auch soziale Kämpfe auf europäischer Ebene bündeln können.

Schlusswort

Der kritische Überblick der Diskurse über den türkischen EU-Beitritt soll entgegen der kulturalistischen und instrumentalistischen Sichtweise eine etwas nüchterne Betrachtung der Diskussion ermöglichen. Die verzerrten und paradoxen Debatten deuten auf die widersprüchlichen Interessenlagen hin. Die Anwendung des durch die Intensivierung der europäischen Integration neu sich konturierenden Europabegriffs führt über die Kulturalisierung der Debatten zu einer Verschiebung weg von politischen und sozialen Kämpfen hin zur Mythisierung und Schließung des europäischen Terrains. Es sind aber die Kämpfe um kollektive Rechte, die der Geschichte emanzipative Momente und ihren offenen Charakter geben.

Im Anschluss folgen neun kritische Beiträge in Form einer Enquete. Die Beiträge gehen einerseits auf die Frage ein, welche Interessenlagen und Gesellschaftsprojekte das Verhältnis zwischen der EU und der Türkei prägen. Andererseits nehmen sie den aktuellen Diskurs über den türkischen EU-Beitritt kritisch auf. Damit sollen auf weitere Perspektiven und Analysen aus der Türkei und Europa aufmerksam gemacht werden. Wir danken hiermit der Istanbulers Zeitschrift *Iktisat Dergisi* für ihre Anregungen und den Autoren für Ihre freundliche Mitarbeit.

Literatur

- Ahiska, Meltem (2003) Occidentalism: The Historical Fantasy of the Modern, *The South Atlantic Quarterly*, 102:2/3, Spring/Summer 2003
- Becker, Joachim (2004) EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie?, *Kurswechsel* 1/2004, Wien Interkultureller Rat in Deutschland und Förderverein Pro Asyl (2004) *Gehört die Türkei in die Europäische Union? Eine kommentierende Dokumentation*, Darmstadt/Frankfurt am Main
- Keyder, Çağlar (2004) *Die Türkei zwischen Europa und Amerika*, Claus Leggewie (Hrsg.), Die

Türkei und Europa. Die Positionen, Frankfurt am Main

Prantl, Heribert (2002) Der Mond unter den Füßen. Die Aufnahme der Türkei: Eine Chance für die Europäische Union, Süddeutsche Zeitung, 18.11.2002

Seufert, Günter (2002) Keine Angst vor den Türken!, Die Zeit 39/2002

Wehler, Hans-Ulrich (2004) Verblendetes Harakiri: Der Türkei-Beitritt zerstört die EU, Aus Politik und Zeitgeschichte, B33-34, 9. August 2004